

Ertüchtigung Strom- und Netzwerkversorgung im Rathaus 1; Sachstandsbericht

Gremium:	Bausenat	Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich
Tagesordnungspunkt:	3	Zuständigkeit:	Amt für Gebäudewirtschaft
Sitzungsdatum:	12.11.2020	Stadt Landshut, den	20.10.2020
Sitzungsnummer:	8	Ersteller:	Weiß, Thomas

Vormerkung:

Seit 1990 wurde im Rathaus-Hauptgebäude sowie im Rathaus-Rückgebäude anfangs mit Koaxial-Kabeln (RG58), ab 1998 mit Netzkabeln vom Typ CAT-5 gemäß den aktuellen Benutzer-Anforderungen eine IT-Netzwerkinfrastruktur sukzessive aufgebaut.

Die Kabel wurden aufwändig eingefettet in alten Telefonleerrohren eingezogen. Wo es nach den Vorgaben des Denkmalschutzes möglich war, wurden Kabelkanäle sowie Brüstungskanäle installiert.

Notwendige Unterverteilungen wurden in Büroräumen unter der Decke oder auch über Büroschränken sowie in Putzkammern in Betrieb genommen.

Themen des Brandschutzes, der Wärme- und Lärmentwicklung konnten nicht ausreichend berücksichtigt werden. Große Probleme bereiteten insbesondere die Gewölbedecken im Rathaus-Hauptbau.

Haupttrassen (teilweise in Glasfaser) wurden improvisiert über das Dachgeschoss oder auch durch den Heizungskeller installiert. Die Installation wurde ohne vorliegendes Brandschutzkonzept vorgenommen.

Im Laufe der Jahre wurden mehrere hundert IT-Endgeräte (PC, Drucker, Scanner, Faxgeräte, Notebooks, Zeiterfassungsgeräte, Smartphone-Ladegeräte) in das bestehende IT-Netzwerk und Stromnetz integriert. Durch verschiedene Leitungsumstrukturierungsmaßnahmen wurde laufend versucht, elektrische/IT-technische und brandlastrelevante Störpotentiale zu entschärfen. Dennoch ist die Elektroinstallation zur Stromversorgung der DV-Arbeitsplätze in den Kanälen in vielen Bereichen überlastet und sicherheitstechnisch nicht zulässig.

Diese historisch rasant gewachsene IT-Infrastruktur stellt nun mittlerweile hochgradig ein technisches und brandschutzrelevantes Risiko dar. Störungen im IT-Netzwerk sind kaum noch zu lokalisieren. Eine Umstellung auf VoIP-Telefon-Endgeräte ist nicht möglich.

Nach 30 Jahren besteht jetzt die dringende Notwendigkeit in eine zukunftssichere, den Vorschriften entsprechende IT-Infrastruktur zu investieren, auch wenn dieser Prozess in mehreren Schritten bzw. Bauabschnitten abzuwickeln ist.

Aufgrund dieser Tatsache wurde im Auftrag des Amtes für Gebäudewirtschaft eine Defizitanalyse IT Rathaus 1 durchgeführt, bestehend aus:

- Bestandserfassung (Bürogröße/vorhandene Netzwerkanschlüsse/Leitungsführung/Größe und Lage bestehender Verteiler)
- Entwurf einer zukunftsfähigen IT Infrastruktur und Elektroinstallation für die EDV
- Ermittlung der notwendigen Maßnahmen incl. Kostenschätzung

Diese Defizitanalyse wurde von Ing.-Büro Petermeier durchgeführt, das auch die Defizitanalyse Brandschutz/Hygiene/Barrierefreiheit im Rathaus 1 begleitet hat. Das klare Ziel war und ist, dass alle EDV-Maßnahmen den späteren Brandschutzertüchtigungen nicht im Weg sind. Leider

lässt sich aber eine doppelte Lärmbelastung nicht vermeiden, genauso wenig wie das temporäre Verlassen der Büros.

Kostenschätzung:

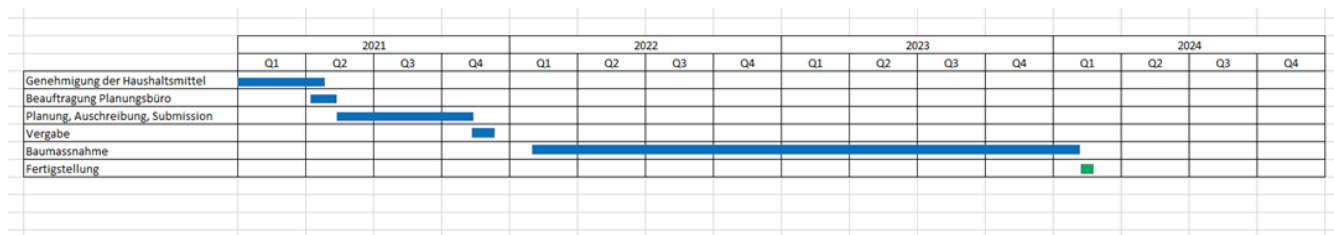
1. Ertüchtigung der Netzwerkinfrastruktur (Kostengruppe 450).	583.449,00 €
2. Ertüchtigung Elektro in den Büros/Kanälen (inkl. Trockenbau)	<u>295.105,00 €</u>
Gesamt	<u>878.554,00 €</u>

Zusätzlich werden Baunebenkosten und organisatorische Kosten (Umzug der Mitarbeiter aus den betroffenen Büros für ca. 4 - 6 Wochen) anfallen.

Im Entwurf zum Haushalt 2021 ff sind insgesamt 1.200.000,-- € (incl. Baunebenkosten), verteilt auf die Jahre 2021 (200.000,-- €), 2022 (800.000,-- € VE) und 2023 (200.000,-- €) eingestellt.

Vorgesehener Bauablauf:

1. Errichten und Anschluss der Räume für EDV und Elektroverteiler
2. Erschließung der Stockwerke durch einen vertikalen Steigschacht
3. Abschnittsweise Ertüchtigung der Büro-Infrastruktur pro Stockwerk (links/rechts vom Steigschacht);
Pro Abschnitt ca. 4 - 6 Wochen Arbeitszeit
(in dieser Zeit müssen die betroffenen Mitarbeiter anderweitig untergebracht werden)



Ohne diese Maßnahme ist ein gesicherter Betrieb im Rathaus 1 (Netzwerk und Telefonie) zukünftig nicht möglich. Die anfallenden Störungen werden nur mit hohem personellem Aufwand zu beheben sein. Die neue TK-Anlage kann nicht voll in Betrieb gehen. Außerdem birgt die gegenwärtige Verkabelung Gefahren beim Brand-/Berührungsschutz.

Jede Umorganisation im Rathaus führt zu Kosten (schneller Einbau von Kabeln/Switchen), die nur kurzfristig Abhilfe schaffen, aber langfristig vergeudet sind (kein zukunftsfähiges Konzept). Bei diesen kleinen Umbauten kann in vielen Fällen auch die Vergabeordnung nicht eingehalten werden, da ein Umbau unter laufendem Betrieb nahezu unmöglich zu kalkulieren ist (daher wird dann nach Aufwand abgerechnet).

Beschlussvorschlag:

1. Vom Bericht des Referenten wird Kenntnis genommen.
2. Der Bausenat empfiehlt dem Haushaltsplenum für die IT-/Elektroertüchtigung im Rathaus 1 die notwendigen Haushaltsmittel ab dem Haushaltsjahr 2021 ff einzustellen.

Anlagen:
